

Die Halle hierfür... 2,50 M., durch die Post 2,75 M.

Saale-Beitung.

Wochen die Spaltenpreis... 30 Pf. berechnet und in der Geschäftsstelle...

Nr. 203.

Halle a. S., Dienstag, den 3. Mai.

1910.

Deutscher Reichstag.

77. Sitzung, Montag, den 2. Mai. Am Tische des Bundesrats: Deßlud, Krazette. Präsident Graf Scherwin-Döwitz eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten.

Die Novelle zum Postgesetz.

Staatsekretär Rasche teilt die erste Lesung mit einer kurzen Erklärung ein. Die Novelle soll die Möglichkeit bieten, auch bei gewöhnlichen Paketen eine Befreiung über die Einfuhr bei der Post gegen eine Gebühr von 10 Pf. auszustellen...

Abg. Kamps (Sp.): Mindestwert wäre es, auch die Pakete den Paketen beifügen zu dürfen; dazu müßte man für Geschäftspapiere erfahren. Man sollte auch die Giroübertragung durch Postanweisung zulassen...

Abg. Dieh (Sag.): Es ist doch bedenklich, hier gleich eine Gebühr von 10 Pf. zu erheben. Für die kleine Arbeit sind 5 Pf. genug.

Abg. Dode (Sp.): 5 Pf. sind ein bißchen wenig; gegen eine weitere Erhöhung müßten wir ebenfalls protestieren. Die Novelle wird sofort in zweiter Lesung angenommen.

Stellenvermittlungsgesetz.

Von den Sozialdemokraten liegt ein Antrag vor auf obligatorische Errichtung kommunaler Arbeitsnachweise. Alle Konzeptionen für private Stellenvermittlung sollen mit dem 1. Januar 1914 erlöschen.

Berichterstatter Dr. Pfeiffer (Ztr.): Das Gesetz demüßt sich, soweit es möglich ist auf die öffentlichen rechtlichen Arbeitsnachweise Rücksicht zu nehmen.

Abg. Dr. Pieper (Ztr.): Wir wünschen, daß durch diese Privatisierung des öffentlichen Arbeitsnachweises die gewerbsmäßigen Vermittlungen langsam auch da verdrängt werden, wo träge Mißstände nicht fortgelassen werden. Zunächst liegt es im Interesse des Schutzes der nationalen Arbeit. Die öffentlichen Nachweise haben zu ermitteln, ob einheimische Arbeitskräfte im Lande vorhanden sind...

Abg. Schildbrand (Sag.): Die private Stellenvermittlung heftet die Arbeiter nur aus. In Bayern und Württemberg haben sich die öffentlichen Nachweise behauptet.

Abg. v. Michaelis (lon.): Auf ich kenne viele Arbeitgeber, die mit den privaten Stellenvermittlern nur ungern etwas zu tun haben. Vor allem muß auch der Verschleppung junger Mädchen nach dem Ausland vorgebeugt werden.

Abg. Manz (Sp.): Die Mißstände wollen auch wir beseitigen. Aber man darf das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Es gibt Gott sei Dank auch unter den Stellenvermittlern anständige Elemente...

Abg. Wöhl (nl.): Wir stimmen dem Gesetz zu. Für das Prinzip des sozialdemokratischen Antrages empfinde ich volle Sympathie; aber ich glaube, daß die Einzelheiten sich in der Praxis nicht durchführen lassen.

Nach unerheblicher weiterer Diskussion wird § 1 unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages angenommen. Bei § 4 wird ein Antrag der Volkspartei abgelehnt, der die Fest-

legung von Tagen durch die Landeszentralbehörde fakultativ statt obligatorisch machen wollte. Dagegen wird ein Antrag der Konservativen, wonach die Bestimmungen des Gesetzes auch auf früher geschlossene Verträge Anwendung finden sollen, insofern aus ihnen Ansprüche oder Rechte für die Zeit nach dem Inkrafttreten des Gesetzes geltend gemacht werden, angenommen, ebensolche Staatssekretär Deßlud grundsätzliche Bedenken geltend machte.

Abgelehnt wird bei § 6 ein Antrag der Sozialisten, der den Stellenvermittlern die Übernahme von Sondervergütungen über die gesetzlichen Gehältn hinaus von den Arbeitnehmern zwar verbietet, aber den Arbeitgebern gestattet wollte. Abgelehnt wird ein Antrag der wirtschaftlichen Vereinigung, der bei Vermittlung weiblicher Personen nach dem Auslande die vorherige Anzeige bei der Polizei statt erst nach erfolgter Vermittlung vorschreiben wollte. Im übrigen wird das Gesetz unanändert angenommen.

Dienstag 2 Uhr: Entlassung des Reichsgerichts und südwestafrikanische Aufstandsnotizen. Schluß 6 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

63. Sitzung, Montag, den 2. Mai. Am Regierungstische: Frhr. v. Rheinbaben, v. Rolffe, v. Arnim, v. Trött u. Solz und Kommissar.

Präsident v. Ardenne eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Etats.

Zunächst findet eine Generaldebatte statt. Abg. Stroebel (Sag.): Was werden die Nationalliberalen in der Wahlrechtsfrage nun tun? Werden sie durch Beitritt zum schwarz-blauen Block einen schwarz-blau-gelben Block bilden? Wir bedauern nur, daß in dieser Debatte nicht dem Zentrum Gelegenheit gegeben ist, darzulegen, wie es nun zu der veränderten Situation steht.

Der Redner fordert die Konstitutionsfreiheit für die Eisenbahnen. Der Redner führt Beschwerde über die Handhabung des Vereinsgesetzes.

Damit ist die Generaldebatte erledigt. Eine Reihe kleinerer Etats werden ohne Aussprache demittigt.

Beim Etat des Abgeordnetenhauses erörtert der Minister des Innern v. Rolffe, daß den Abgeordneten, sobald es technisch möglich sei, Freizeitarbeiten zwischen ihrem regelmäßigen Wohnort und Berlin erteilt werden würden; die Gehaltszahlung drauße hierzu nicht in Anspruch genommen werden.

Abg. Wallenborn (Ztr.) empfiehlt einen Antrag Graf Spee auf Vermehrung der Arbeitszimmer der Abgeordneten.

Der Antrag wird angenommen. - Beim Etat der Domänenverwaltung treten die Abg. Döberhoff (rtl.) und Klode (Ztr.) für weitere Förderung der Moorflur in Ostfriesland ein.

Beim Etat der Forstverwaltung hemängt Abg. v. Brodhausen (lon.), daß einige Oberförstereien bei Deutsch-Krone alles Holz den Großhändlern vertraglich ausgeben lassen, so daß die kleinen Sägemühlen nichts erhalten.

Oberlandrätminister Wesener erklärt, daß nur ein Fünftel des verfügbaren Holzes den Großfirmen reserviert sei.

Abg. Weigermel (lon.) wünscht Umwandlung von Debländereien und Moorflächen in Kulturland. Die Tätigkeit der Spezialkommissionen sei hierbei nicht zu entbehren.

Landwirtschaftsminister v. Arnim sagt Prüfung zu. Abg. Heine (nl.) bringt ebenfalls Mißstände beim Holzverkauf vor.

Beim Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung fordert Abg. Vogalla v. Viebesten (lon.) Förderung der inneren Kolonisation im Kreise Alenstein.

Abg. Krüge (rtl.) empfiehlt die Regulierung der Fische. Abg. Heckenroth (lon.) weist die Behauptung zurück, als ob die Rechte für den Westen nichts übrig habe.

Minister v. Arnim bittet, die Erhöhung des Weisfonds um 30 000 M., die in zweiter Lesung vorgenommen wurde, rückgängig zu machen.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben verspricht, den Weisfonds um diese Summe im nächsten Etat zu erhöhen. Abg. Wallenborn (Ztr.) bittet, die Erhöhung beizubehalten.

Abg. Frhr. v. Jeditz (rtl.) spricht dagegen. Abg. Fournau (Ztr.) bittet, aus dem Weisfonds besonders das Eigeld zu bedenken.

Abg. Gottschall-Soltingen (nl.) fordert die Beilegung von Unbilligkeiten bei der Gewährung von Zulagen an die Regierungsräte bei den Generalkommissionen.

Abg. Dr. Hingmann (nl.) empfiehlt die Einführung des Dr. med. vet. für Preußen. Abg. Baumhoff (nl.) führt Beschwerde, daß beim Bau der Talpieren an der Rabauke die kleinen Befitzer zu stark zu den Kosten betragend gezogen werden.

Minister v. Arnim-Eriewen: Ich hab den Wunsch, den hieratischen Hochschulen das Promotionsrecht zu verleihen, dem Kultusminister vorgelegt und hoffe auf ein günstiges Ergebnis. Den im Auslande ermordeten hierarchischen Dr. können mir grundsätzlich in Preußen nicht anerkennen.

Abg. v. Arnim-Züdem (lon.) bittet, die Erhöhung des Weisfonds wieder zu streichen, schon aus budgetrechtlichen Bedenken.

Abg. Graf Spee (Ztr.) tritt für die Erhöhung ein. Abg. Engelmann (nl.) widerspricht dem Antrage Jeditz. Abg. Frisch (nl.) fordert die steuerliche Entlastung der Landbesitzer und der sonst ihnen abhängigen Hypothekendarlehen.

Abg. Jähnel (Sp.) bedauert sich über die übermäßige Schonzeit in einzelnen Gebieten, die starken Rückschlag im Gezoige gehabt habe.

Abg. Gimpling (Sp.) hemängt die Beendigung des Kleingrundbesitzes durch den Tarif der westpreussischen Ueberlandzentrale.

Landwirtschaftsminister v. Arnim: Die Zentrale erhält keine Staatsbeihilfen. Der Tarif ist eine rein formale Angelegenheit, ich kann da keinen Einfluß ausüben. Die Debatte schließt. Der Antrag Jeditz wird angenommen. Die Erhöhung des Weisfonds fällt also fort. - Beim

Gezütsetat tritt Abg. Zömann (nl.) für Erhöhung der Ruhegehälter der Geizütsebeamten ein. Beim Bergeta: dringt Abg. Imbusch (Ztr.) Wünsche der Bergarbeiter vom Oberharz vor. Die Saarbrücker Bergwerksdirektion habe falsche Berichte nach Berlin erstattet.

Oberbergshauptmann v. Belsen: Falsche Berichterstattung habe ich für ausgeschlossen. Die Löhne im Harz entsprechen dem Durchschnitt. Abg. Goebel (Ztr.) bringt Beschwerden der oberhessischen Bergleute über die Regelung der Gebirge vor.

Oberbergshauptmann v. Belsen sagt Prüfung der Verhältnisse an Ort und Stelle zu. Beim

Handelsetat

Abg. v. Arnim-Züdem (lon.) die Förderung der Sozialdemokraten wegen Staatsbeihilfen für die sozialdemokratischen Rechtsanwaltsbüros und Arbeitsnachweise. In Hannover sei die Anwaltsbüros des Reichsverbandes mit Schmutz und roter Farbe behandelt worden, wahrscheinlich von Sozialdemokraten. (Lärm bei den Sos.)

Abg. Leinert (Sag.): Das ist eine beweislose Anschuldigung. Herr v. Arnim ist zu offen zu sagen, daß er die Sozialdemokraten anschnülden will. (Witzgeplauder Dr. Forst rügt den Ausbruch.) Nationale Arbeiter werden das Schick beklagt haben, weil sie eine falsche Auskunft erhielten. (Lärm.)

Abg. v. Arnim (lon.): Bezüglich des Vorwurfs der Feigheit würde ich jedem Abgeordneten gegenüber andere Waffen anwenden als gerade gegenüber Herrn Leinert.

Abg. Leinert (Sag.): Das rührt uns nicht. Beim

Etat des Ministeriums des Innern

verteidigt Abg. v. Wiedenburg (lon.) die Stellungnahme der Landräte in der Angelegenheit der Ueberlandzentrale in den Kreisen Birnbaum, Merfeld und Di-Sternberg.

Abg. Pippmann (Sp.) bekennt sich als Freund der Errichtung von Ueberlandzentralen, bleibt aber bei seiner Kritik des Verfahrens des Birnbaumer Landrats. Das ist nicht richtig gewesen ist, zeige auch die Ablehnung eines gleichen Verfahrens durch den Landrat von Di-Sternberg.

Abg. Ernst (Sp.): Der Birnbaumer Landrat hat im guten Glauben gehandelt. Abg. West (rtl.) beklagt im Interesse der Industrie die Erziehung der Einwanderung ausländischer Arbeiter.

Minister des Innern v. Rolffe: Die Zulassung von Saisonarbeitern erfolgt nur, wo ein Bedürfnis vorliegt, vor allem im leistungsm. Dien. Die Zuwanderung polnischer Arbeiter hat in den letzten Jahren ständig zugenommen, und diese Arbeiter entziehen sich meist der Rückwanderung. Das ist in nationaler Hinsicht nicht erwünscht. Die westliche Industrie hat deshalb freimüßig auf diese Arbeiter verzichtet, auch die oberhessische demüßt sich in dieser Richtung. Ein Mangel an Arbeitskräften liegt nicht vor.

Abg. Ring (Ztr.) fragt, wie es mit der Aufhebung der Polizeiverordnungen in An-

und Frankfurt a. M. habe, die die Befragung der Hüter von polizeilicher Genehmigung abhängig machen; ferner, wie es mit dem Gesetz über die Feuerlöscheinrichtungen und die Zweoerbande (siehe Minister v. Wolff).

Das Feuerlöschgesetz ist heute eingebracht worden, das Zweoerbandengesetz wird noch in dieser Session vorgelegt werden.

Herr v. Karhoff (ft.)

betreitet, daß der frühere Abg. Kemnitz den Vorschlag für Wahlhilfe geltend habe.

Herr v. Wolff (Sp.)

triffert die Handhabung des Vereinsgesetzes. Bereits genehmigte Mustervereine seien nachträglich verboten worden. Damit liefere man der Sozialdemokratie kein Legitimationswesen. Der Redner wendet sich gegen die Stellungnahme des Kultusministers in der Angelegenheit des Vorstands des Bremer Krankenhaus an der Angelegenheit des jüdischen Medizinalpraktikanten. Der Minister des Innern sollte den beteiligten Landrat zur Rechtskraft ziehen.

Das Haus vertagt darauf die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Eine bedeutende Kundgebung gegen die Reichsversicherungsordnung

ist noch in letzter Stunde erfolgt:

Auf Anregung der medizinischen Fakultät der Universität Jena haben fast alle medizinischen Fakultäten Deutschlands eine Eingabe an die Reichsregierung gerichtet. Sie enthält über 150 Unterschriften arbeitsloser Professoren. Die Eingabe macht auf die Gefahren der neuen Gesetzgebung aufmerksam und erklärt die Solidarität der arbeitslosen Lehrer mit den Wünschen der Ärzteschaft, wie sie der Berliner Vertag und Sanitätstest Dr. M. u. G. in am Reichstag ausgesprochen haben.

Keine Repressalienpolitik.

(Von unsem. H. Mitarbeiter.)

Berlin, 2. Mai 1910.

Die deutsche Regierung ist in den letzten Wochen sowohl von verschiedenen Parteien des Reichstags wie von mehreren größeren Interessensvertretungen aufgefordert worden, sobald als möglich scharfe Repressalien gegen Frankreich zu ergreifen, soweit sie sich mit dem bestehenden Wirtschaftsverhältnis vereinbaren lassen. Der Handelsvertragsverein kann sich diesen Forderungen nicht anschließen. Der Reichstag des 3. B. hat sich vielmehr bereits in seiner Sitzung vom 12. April 1910 einstimmig gegen Repressalien ausgesprochen und den Standpunkt der deutschen Regierung, nämlich einmal die Abfertigung des neuen französischen Tarifs abwarten zu wollen, als allgemeinen handelspolitischen Ermäßigungen durchaus gebilligt. Dazu kommen verschiedene Gesichtspunkte rechtlicher Natur, die es gerade im jetzigen Zeitpunkt als sehr bedenklich erscheinen lassen, wenn Deutschland, zumal als erster Staat, mit Vergeltungsmaßnahmen gegen Frankreich vorgehen wollte. Zu einem Vorgehen gegen Belgien liegt vorläufig überhaupt kein Anlaß vor, zumal man in ungetrübter Aussicht annimmt, daß dieses Land seine gegen Frankreich beschlossenen Gegenmaßnahmen ab selbsten abwarten wird.

Was allem ist zu beachten, daß Zollerhöhungen auf deutscher Seite alle Staaten in gleicher Weise treffen würden und daher zu Verhättnissen, daß nicht nur Frankreich, sondern auch andere Staaten mit Repressalien gegen Deutschland antworten würden. Die Folge wäre eine Schwäche ohne Ende. Ist es wirklich ratsam, eine Welle der Rache oder offene Feindschaft zu eröffnen, die auch dem deutschen Export noch weitere Verbände schliessen müßte? Weit besser käme uns, sobald als möglich den Abschluß eines Tarifvertrages mit Frankreich anzustreben — natürlich unter Aufrechterhaltung des Tariffes 5 des Frankfurter Friedensvertrages —, der wenigstens den am schwersten betroffenen deutschen Exportindustrien neue Chancen gibt und einige Preisen in die erhofften französischen Zollmauern legt.

Am allerwenigsten liegt es im Interesse unserer exportierenden Fertigungsindustrien, daß jetzt durch Einbringung einer Vorlage mit mehr oder minder zahlreichen Zollerhöhungen von neuem entzerrte Tarifkämpfe hervorgerufen werden, die aller Voraussicht nach nur mit einer allgemeinen Tarifrevision „nach oben“ enden könnten.

Das Reichswarenzolltarifgesetz.

Einem sehr beachtenswerten Ausschuss aus der Feder des bekannten nationalliberalen Reichsstaatsangehörten Kaufmanns Dr. W. E. E. bringt die am 1. Mai d. J. erscheinende Nummer des „Bankeintrags“.

Der Verfasser ist der Ansicht, daß der dem Reichstage vorgelegte Entwurf einer Wertzuwachssteuer auf Immobilien einen schweren Eingriff in die Entwicklung des deutschen Grundstücksmarktes bedeutet. Wenn auch der Gedanke, einen beträchtlichen Zuwachs steuerlich zu erfassen, an sich keine Berechtigung habe, so trage doch der vorliegende Entwurf eine rein fiskalische Tendenz an sich. Der Reichstag hätte die Forderung eines solchen erwünscht, das nur den unerbittlichen Wertzuwachs trifft. Zugleich, daß eine Unterscheidung zwischen wertvermehrten und unwertvermehrten Zuwächsen nicht leicht sei, so müßte doch ein gangbarer Weg gefunden werden, um nur den letzteren zu erfassen. Auch müßten die bei der Erschließung der Terrain gemachten Aufwendungen in angemessener Weise zur Anrechnung kommen, was der Entwurf völlig vernachlässigt habe. Die Steuerhöhe desselben seien schon enorm hoch, es liege aber die Gefahr sehr nahe, daß diese Belastung noch eine viel höhere würde, weil die Gemeinden nach dem Entwurf das Recht haben sollten, nach weitere Zuschläge zu erheben. Ueberhaupt sei es bedenklich, den schwierigen Stoff ohne genügende Anhörung von Sachverständigen in kürzester Zeit durchzugehen, wie es beabsichtigt sei. Die Reichstagskommission schreibe ja trotz des Widerspruch der Regierung eine Billigung der ganzen Sache in Aussicht zu haben. Trotzdem würde der Entwurf auch in dieser Form in der Praxis großen Schwierigkeiten begegnen. Der richtige Ausgang sei vielleicht derjenige, bei dem keine wegen einschlägiger Beschwerdeklagen von 3 Prozent werden lassen und die Einführung von Wertzuwachssteuern den kommunalen Verbänden zu übertragen, die ihrerseits einen Teil des Ertrages an das Reich abzuführen hätten.

Abdul Hamids Klage gegen die Reichsbank abgewiesen.

Die Zivilkammer des Landgerichts Berlin hat die Klage des Exultans Abdul Hamid gegen die deutsche Reichsbank wegen Herausgabe seines 12 Millionen betragenden Depots abgewiesen, und zwar mit der Begründung, daß die Herausgabe nicht aus freien Stücken, sondern unter Zwang gefordert werde.

Die Herausgabe der 12 Millionen Mark, die Abdul Hamid der hiesigen Reichsbank in Verwahrung gegeben hatte, wurde zunächst verweigert, weil der vertragsmäßig vereinbarte Sempel angeblich verloren gegangen war, dann aber, weil die Reichsbank Zweifel darüber hatte, ob der Exultan Sempel seiner Urheberschaft würdig sei. Diese Zweifel waren gerichtlich festgestellt worden. Diese ist jetzt gefallen. Das Landgericht hat die Klage der türkischen Regierung abgewiesen, weil der Eigentümer die Herausgabe des Geldes nicht aus freien Stücken gefordert habe, sondern dazu gezwungen worden sei. Die türkische Regierung wird voraussichtlich die Entscheidung des Reichsgerichts herbeiführen.

Parteinachrichten.

Erhöhung der Löhne für Kommissionen. Zu dem Antrag, für die Mitglieder der auch im Sommer tagenden Kommissionen des Reichstages, der Kommission für die Strafprozessordnung und der Kommission für die Reichsgerichtsreform Löhne zu gewähren, will der Abgeordnete Erbacher einen Zusatzantrag einbringen, der diese Löhne auf 30 Mark pro Tag erhöht.

Der kreisverbandliche Reichsstaatsangehörten für Württemberg. Kreisverbandliche Kreislagerleiter Bauermeister, wird für die nächste Reichstagswahl nicht wieder kandidieren. Die Kreislagerleiter wollen mit den bürgerlichen Parteien, vornehmlich den Nationalliberalen, wegen Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten verhandeln. Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß die Nationalliberalen schon auf Vorschlag des Zentralausschusses für den Kreisverband Kala u von Hofe als eigenen Kandidaten festgelegt haben.

Kleine politische Nachrichten.

Dementi. Die auch nach Strassburg gelangte Meldung, verschiedene Bundesstaaten hätten gegen die Erhebung Elsas-Lotharingens zum Bundesland Einspruch im Bundesrat erhoben, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Bisher ist die Angelegenheit überhaupt noch nicht an den Bundesrat gelangt. Daburch erledigt sich auch die weitere Nachricht von einer Vertagung des Reichstages auf unbestimmte Zeit. Es war von Vertagung an in Aussicht genommen, daß der Reichstag noch nicht endgültig feststehende Entwürfe erst im Herbst dem Bundesrat vorgelegt werden soll.

Heer und Flotte.

Die Referentoffizierskandidaten, die bei einer der deutschen Schützposten in Ostafrika ihrer einjährigen Dienstzeit genügt oder dort ihre Pflichtübungen im Referentverhältnis abgeleistet hatten, konnten bis jetzt nur bei einem heimatischen Truppenteil zum Referentoffizier gewählt werden. Neuerdings besteht die Aussicht, in nicht zu ferne Zeit ein Referentoffizierskorps der deutschen Schützposten zu schaffen.

Wie sich die Verteilung der Marineangehörigen Kompanien, von denen die deutsche Flotte zurzeit 43 besteht, noch nicht einschließen dürfte, werden. Das Geschwader Kommandeur v. B. hat Kompanien, alle ausgebehalten, nicht. Das dürfte das sich dadurch erklären, daß man diese für den modernen Krieg so eminent wichtige Waffe an der Grenze bereit haben will. Die Kompanien werden Infanterie-Regimenten angegliedert, doch in der Praxis nicht geführt.

Die Marineschule hat ihr letztes Sommersemester in Kiel begonnen. Nach dessen Schluß findet bekanntlich die Verlegung der Direktion der Marineschule nach dem neuen Institut des Bildungswesens der Marine in Mürwik statt. Jetzt sind gerade 25 Jahre verflossen, daß auch Prinz Heinrich zum letztmalig zur Marineschule und -Schule kommandiert war. Das letzte letzte Sommersemester der Marineschule in Kiel wird von den Nachrichten zur See des Jahresanges 1909 beherrscht, die den Abschluß ihrer Ausbildung zum Seeoffizier als erster Jahrgang auf der neuen Marineschule in Mürwik während des kommenden Wintersemesters erhalten werden. Das Gebäude der Marineschule in Mürwik ein zweifelhafte Umbau unterzogen werden, damit endlich das Seeoffizierskorps der Ostseeflotte auf ein würdiges Heim für ein Offizierspersonal gestellt, die bei den repräsentativen Pflichten des Korps schon jetzt Jahren ein dringendes Erfordernis genannt werden muß.

Ausland.

Opferwilligkeit in Deutschland und in Japan.

Persönliche Erinnerungen an den kürzlich in Deutschland vom Freiherrn A. von Siebold, ehemaligen Dolmetscher der englischen Gesandtschaft in Hofstadt, im Reisebericht „Deutsches Japan“ (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt) veröffentlicht. Herr v. Siebold trat mit dem berühmten japanischen Staatsmann zum letzten Mal zusammen, als dieser über Italien aus Auslands zurückkehrte. Im Gespräch über die vergangenen Zeiten machte Herr v. Siebold folgende Bemerkung:

„Von den großen politischen Reformen, die am meisten beigetragen haben, Japan zu dem zu machen, was es geworden ist, sind besonders hervorzuheben, die Einführung der allgemeinen Wahlrecht und die Abschaffung des Feudalismus. Ersteres war das Werk von Yamagata, und letzteres war meine Idee.“

Im Hinblick auf diese Worte des kürzlich 70-jährigen Herrn v. Siebold eingehend, welche Opfer mit der Abschaffung des Feudalismus verbunden waren. Die großen und die kleinen Feudalbesitzer verloren Ländereien, die ihre Familien Jahrhunderte hindurch besessen hatten, verloren ihre hohen Stellungen im Reich, ihre eigenen Häuser und Parks in der Hauptstadt, mußten sich mit einer bescheidenen Pension begnügen. Ihre Besuche oder die höchsten Beamten der ganzen Kaiserlichen. Tausende geduldeten Menschen wurden plötzlich betende Arbeitslose, verlor die Habe und luden sich mit den schrecklichsten Bedrückungen einen neuen Lebenskampf zu kämpfen oder Stellung in Regierungsstellen zu finden. Ueber diese Verhältnisse schreibt Herr v. Siebold des weiteren:

„Die japanische Revolution war keine eigentlich blutige — denn mit wenigen Ausnahmen, wie zum Beispiel der Aufstand in Gofuku, der allerdings größere Dimensionen annahm, wurden die Unruhen leicht unterdrückt —, aber die Anzahl der Familien, die plötzlich in das tiefste Elend gestürzt worden waren, war unbeschreiblich groß, als in Frankfurt, und doch hörte man kaum eine Stimme, die Widerspruch, kaum eine Klage. Das Vaterland erforderte die Opfer, und der Unterthan war bereit, diese zu bringen. Der Japaner, der diese Zeit durchgemacht hat, hat nicht nur für sein Vaterland gekämpft, sondern auch geklagt. Die leidenden Staatsmänner hatten wohl gemutet, was sie von ihrem Volke verlangten durften. Der Deutsche sieht hierüber, wenn es sich um die Verteilung des Vaterlandes handelt, keinem anderen Volke an Opferwilligkeit nach, aber wenn es sich um die Aufgabe von erworbenen Rechten oder nur persönlichen Interessen handelt, so wird er stets von dem Japaner übertroffen werden.“

Der Fürst v. Siebold hierbei an die Erbansaffische und ihr Schicksal geklagt hat?

England und die belgische Kolonialreform.

Die Rede König Alberts von Belgien bei der Gründung des Kolonialmuseums in Brüssel, in der in aller Form eine neue Ära in der belgischen Kolonialpolitik angekündigt wird, ist in London lebhaft kommentiert worden. Augencheinlich, nicht ohne Absicht, wird sehr betont, daß letzten Donnerstag dem Premierminister Asquith ein parlamentarisches Memorandum über die Kongofrage überreicht worden ist. Es trägt 155 Unterschriften, darunter die der ältesten und angesehensten Parlamentarier beider Parteien. In sehr scharfem Ton wird die ernannte Durchführungs-Jahrestag der Reformen in Congo bis August, dem zweijährigen Jahrestag der Übernahme des Kongos durch Belgien, gefordert. Gestehe dies nicht, so sollte Großbritannien an Stelle Belgiens die konsuläre Jurisdiktion im Kongogebiet übernehmen.

Auch diese Veröffentlichung wird augencheinlich begründet, den Anschein zu erwecken, daß die Kongofrage bei der Rede des Königs Albert und zu dem nun bald zu erwartenden Reformen von England ausgegangen sei.

Kleine Tagesnachrichten.

Der Kronprinz von Serbien

ist in Rom mit einem Handschreiben seines Vaters eingetroffen, worin der Besuch des Königs im Oktober angekündigt wird.

Dynamitattentat.

Der „Bien. Sonn- und Montag“, wird aus Belgrad gemeldet: Aus Anlaß der Gemeindevorarbeiten in Kofstaj wird in die Wohnung eines der nationalliberalen Partei angehörenden Kandidaten durchs Fenster eine Dynamitbombe geworfen. Von dem acht in der Wohnung befindlichen Personen wurden zwei getötet, drei tödlich und drei schwer verletzt.

Halle und Umgebung.

Salle a. S. 2. Mai.

Stadtvorordneten-Sitzung.

Halle, den 2. Mai.

Im Vorabendstisch die Herren Justizrat Föhring, Baumeister Engas und Fabrikant Gröbler.

Niedergelegt werden

18 Petitionen um Gehaltsaufbesserung.

Die Petitionen werden dem Etatsausfluß zugewiesen.

Eine Eingabe des Haus- und Grundbesitzervereins Halle-Nord fordert den Ankauf des Gieblendirektors Gaswerthes, sowie die Einführung der elektrischen Beleuchtung für die Hauptstraßen. Die Eingabe wird dem Petitionsausfluß überwiesen.

Der Verein der Transportarbeiter hat in einer Eingabe dargelegt, daß die Verkehrsverhältnisse der wachsenden Großstadt immer mehr erschweren, daß die Führung der Geschäfte lastendenden Zeiten in die Hand gelegt wird; der Verein verlangt die Errichtung einer

Fahrschule.

Herr Stadtrat Freytag führt dazu aus, daß der Magistrat bereits die Gründung eines derartigen Instituts im Auge gefaßt habe. Es sei nachdem mit dem Verein der Fuhrleute und mit dem Tischlerverein verhandelt worden; mit letzterem Verein scheiden die Verhandlungen nach. — Die Sache wird auf drei Monate zurückgelegt.

Weiter ist eine Interpellation eingegangen, die Veranschlagung möge vom Magistrat Auskunft fordern, ob die Stadtvorordnetenwahlen 1911 wieder für die Bezirke (Halle-Nord) getrennt stattfinden sollen. Die Angelegenheit legt man auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

1. Der Baumeister Kuhn und der Rentier Trautmann haben die Anlegung einer Straße auf ihrem Gelände zwischen Haupt- und Mittelstraße sowie die Veränderung der für die Lehngarten beiden Straßen zwischen Gellenius und Ludwigstraße festgelegten Vorarbeiten beantragt. In Uebereinstimmung mit der Stadtvorordnetenversammlung, sei teilweiser Bodenberaubung mit dem Vorarbeiten-Vorstufen für die Anlegung der Straße zwischen Haupt- und Mittelstraße sowie der Verändern der Haus- und Vorgärten-Vorstufen der beiden letztgenannten Straßen, zwischen Gellenius und Ludwigstraße zugestimmt. Das geschieht. (Herr St. Stephan.)

2. Der Magistrat überreicht ferner den Entwurf zu dem nachgetriebenen Verträge betr. den Ausbau einer Verbindungstraße zwischen Haupt- und Mittelstraße. Die Straßenschnitte sind als Unternehmerrrechte ausgebaut werden.

Auch hier gibt die Versammlung ihre Zustimmung. (Herr St. Stephan.)

3. Die in Kap. X des Haushaltsplanes 1910 unter Nr. IV Nr. 1—5 — Stadttheater — vorgesehenen einmaligen Ausgaben sind unter der Bedingung der Erfüllung durch den Bau-Ausschuß genehmigt worden. Der Magistrat wünscht jedoch die während der Theaterferien auszusparen lassen. Der Bauausschuß empfiehlt jedoch seinen Reverenten Herr St. Lingens leben den größten Teil der Arbeiten bis 1912 zu vertragen, Bis zum Ablauf des Vertrags mit Herrn Theaterdirektor Hofrat Richards.



Gerichtsverhandlungen.

Die Durchföheren in der Artillerie-Erschießung. Der Prozess gegen eine Reihe von Wachtmeistern und Sergeanten der Artillerie-Erschießung in Tübingen erreichte am Freitag vor dem Kriegesgericht der ersten Gardie-Division zu Berlin sein Ende.

Provinzial-Nachrichten.

Denkmälerkommission und Denkmalverein der Provinz Sachsen.

Magdeburg, 30. April. Freitag fand hier die Sitzung der Provinzialkommission zur Erörterung und zum Schutze der Denkmäler der Provinz Sachsen statt. Landesbaudirektor Sieck erstattete längeren Bericht über die Tätigkeit der Kommission im verflochtenen Jahre zur Erhaltung der Waidenburgenmauer.

Mord aus Eifericht.

Kaltenklein (Wolgland), 2. Mai. Der seit Sonnabend hier wohnende 24jährige Fleisende Hubert Rigen aus Berlin, der sich im Fremdenbude als Malter Krimmel eingetragen hatte, überfiel heute früh nach 8 Uhr in einer Kammer des Cafe Bauer die dort seit Donnerstag in Stellung befindliche 23jährige Kellnerin Emilie Heinrich aus Schladau.

Thüringer Jmtertag.

Am Himmelstahrtstede d. J. findet in Ohmannsried ein Thüringer Jmtertag statt, zu dem alle Mitglieder der Thüringer Landesvereine, dazu auch die Mitglieder des Provinz-Sächsl. Hauptvereins eingeladen werden. Am nachmittags 1 Uhr findet die Besichtigung der „Deutschen Biennenzucht-Zentrale“, des Botanischen Gartens für Biennenzuchtpflanzen und der Bienneliände statt.

Die thüringischen Bierbrauer gegen die Bayern.

Der Verband Thüringischer Industrieellen gibt bekannt: Die Regierung und das Abgeordnetenhaus von Bayern haben von jeher das Bestreben gehabt, die Uebergangsgabe auf Bier, die zuerst auf Grund des letzten Brauereigesetzes am 5. März festgesetzt ist, und für Bier, die aus dem bayerischen Gebiete nach der norddeutschen Brauereigemeinschaft übergehen, erhoben wird, herabzusetzen.

Es ist zu erwarten, daß Bayern die Verabschiedung seines neuen Malzabgabegesetzes benutzt, um eine Erhebung der Uebergangsgabe beim Biersatz zu beantragen. Gegen diese Bemühungen hat der Verband Thüringischer Industrieellen als Vertreter der in ihm organisierten thüringischen Brauereien peräntliche Vorstellungen beim Reichsausschuß unternommen und in einer Denkschrift die außerordentlichen Schädigungen, die von allem die thüringischen Brauereien aus einer derartigen Aenderung der Verhältnisse zu erwarten haben, dargelegt.

Halberstadt, 28. April. (Provinzialverband Freiwilliger Feuerwehren). Der 7. Verbandstag findet vom Freitag, den 15. Juli, bis Montag, den 18. Juli, in Halberstadt statt. Die Teilnehmung ist folgende: Am Freitagabend ist zwangloses Familienfest; am Sonnabend vormittag um 11 Uhr Eröffnung der Ausstellung, nachmittags 4 Uhr technische Vorträge, abends Kommerz. Am Sonntag vormittag um 11 Uhr findet die Schau- und Angreifübung der Halberstädter Wehr statt.

Frankenhansen, 28. April. (Erleuchtung des Verfalls der Kaffhäuser-Denkmal). Der Minister der öffentlichen Arbeiten in Preußen hat eine Verfügung erlassen, wonach die Eisenbahndirektionen ermächtigt sind, während der Sommermonate nach gegenseitigen Bemühen unter der Voraussetzung einer ausreichenden Beteiligung der Kriegsverwehnen von Zeit zu Zeit Remontierungs-Sonderzüge zum Zwecke von 1,75 Wkg. in der 3. und 2,5 Wkg. in der 2. Klasse für das Personenkilometer nach den Stationen zu beschleunigen, von denen aus das Kaffhäuser-Denkmal erreicht wird.

Stettin, 28. April. (Das Wandermuseum des deutschen Zentralauschusses zur Bekämpfung der Tuberkulose) wird hier vom 5. bis 16. Mai etabliert. Eröffnet wird es am Himmelstahrtstede. Der Eintritt ist frei.

(Ausschüttung, 26. April. (Kugelhöhlenauktion.) Im Kuchhaus zum Wurzelberg hielt das künftliche Oberstaats-Kuchhaus eine große Kugelhöhlenauktion ab, in der aus dem Curosdorfer, Neuhäuser, Schöber, Lindiger und Kuchhütter Lotten 28.024 Stück Bloche mit 5737 Kubikmeter, 5379 Stämme mit 106 Kubikmeter, 5333 Stück Verb., 1962 Stück Reibhölzer und 1095 Kammeter Rohwalzen zum Verkauf standen.

§ Leopoldsdorf, 29. April. (Die Bergschlichter eines Bes. Auftrages.) hat eine Familie im benachbarten Dorfe Höbenergeborn in eine unglückliche Verlegenheit gebracht. In der betr. Familie war ein Todesfall vorgekommen, und zu der für heute festgelegten Verdingung hatte der beauftragte Bote die Mitteilung des in Rathmannsdorf wohnhaften Geschäftlichen bei demselben zu bestellen vergessen. Diese Wahrnehmung wurde erst festgestellt, als die Verdingung bereits unterzeichnet war und kein Rücktritt sich bilden ließ.

Beipzig, 27. April. (Ein neues weltstädtisches Variété.) Wie berichtet, beabsichtigt der Besitzer des Cafe Bauer, Max Sojmann, auf seinem Grundstück, auf dem sich früher der Tatterfall befand, einen Etablissement zu errichten. Es wurden auch lange Zeit deshalb Verhandlungen gepflogen, die aber schließlich resultatlos verlaufen sind, da man an der Rentabilität dieses Unternehmens zweifelte.

Theater und Musik.

Wiener Premiere.

Am Deutschen Volkstheater zu Wien wurde nach vor Ende der Saison am Sonntag ein Novitätenzuzug aufgeführt. Drei Einakter: „Bei Seiner Exzellenz“ von Melbourne behandelt die Protektionwirtschaft in hohen Kreisen. Das Stüchchen ist harmlos und wurde dementsprechend freundlich aufgenommen.



Nachschreib.

Das Rennen um den Kleinen und den Großen Mai-Breis auf der Dresdener Radrennbahn hatte die Besucher zu Tausenden angezogen. Das Wetter begünstigte die Veranstaltung in besonderem Maße und so nahm je zwei Runden wogelungenen Verlauf. Beide Rennen wurde in je zwei Runden ausgefahren. In der 14. Runde erlitt Lunden einen Motordefekt, der ihn zwei Runden zurückwarf.

Leichtathletik.

In Dresden endeten die Wettspiele wie folgt: Dresdener Sportklub schlägt Rittmeister Germania mit 8:1; Dresdener Sportklub schlägt Fußballklub Prag-Schischow mit 5:1; Vaterländische Wettspiele: Dresdenklub schlägt Salsburg mit 3:1; Guts Muths schlägt Sachsen mit 4:2; Brandenburg schlägt Dresdener Sportklub mit 5:1; Fußballklub 1893 schlägt Hohenzollern mit 6:1.

In Wittweida spielen der Rittmeister Fußballklub und die Dresdener Bewegungsspieler 2:2 unentschieden.

Am die deutsche Fußballmeisterschaft fand am Sonntag in Karlsruhe und in Hamburg die Zwischenrunde statt. In Karlsruhe wurde der vorzügliche deutsche Meister, „Höfnitz“-Karlsruhe mit 2:2 vom „Karlsruher Fußball-Verein“ geschlagen.

In Berlin fertigte Union-Berlin die Hamburger Viktoria mit 5:1 ab. Das rittstädtische Verbandsspiel der 1. Klasse gewann Heftia gegen Concordia mit 2:1.

In München gewann am Sonntag Rader-München die Fußballmeisterschaft von München (Vofalwettspiel) gegen Bayern-München mit 4:1.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland, Letzte Nachrichten, Vermischtes und Sport: Erich Fockow; für das Feuilleton: W. B. Martin Feuchtwanger; für den Inseratenteil: Friedrich Ebnzula; Druck und Verlag von Otto Hendel, Sämtlich in Halle a. S.

Letzte Nachrichten.

Der Minister des Innern und die Mailfeiern.

(Ein Protest der Fortschrittspartei.) H. Köln, 2. Mai. Die „Rheinische Zeitung“ veröffentlicht einen Erlaß des Ministers des Innern v. Wolff vom 16. April an die Regierungspräsidenten, die ihn an die Landräte, Polizeipräsidenten und Bürgermeister weiter zu geben hatten.

Da die Mailfeiern den gleichen Charakter haben wie die aus Anlaß der Wahlergebnisvorlage in letzter Zeit von vorgetretenen sozialdemokratischen Straßenunruhen, werden die Grundzüge zur Anwendung zu bringen, die die Veranlassungen der letzten Art gelten. Danach sind Umzüge auf öffentlichen Straßen und Plätzen in der Regel zu verlegen.

H. Hagen (Weiß.), 2. Mai. In einer gestern abend abgehaltenen öffentlichen Versammlung protektierte Abg. Dr. Wiemer in schärfster Weise gegen die willkürliche Ausübung des Reichsvereinsgesetzes durch den preussischen Minister des Innern. Es sei Pflicht des Reichskanzlers, unter allen Umständen scharfste Maßregeln zu ergreifen, die sich an die Reichsvereinsgesetzgebung zu richten.

Bündler und Nationalliberale in Friedberg i. S.

H. Darmstadt, 2. Mai. In der gestrigen Vertrauensmännerversammlung der Nationalliberalen Partei in Friedberg befand sich unter den wenigen Bewürderten der Bündlerischen Kandidatur Dr. Becker, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, Medizinalrat Dr. Vogt und neben diesem auch der Abgeordnete Dr. Oskar von Darmstadt, während u. a. der Reichstagsabgeordnete Fuhrmann die erste Kandidatur schärfste. Die große Mehrheit der Versammlung stand der Kandidatur Dr. Beckers, die inzwischen als erledigt anzusehen ist, ab.

Die Revision des „Vorwärts“ verworfen.

H. Berlin, 2. Mai. Die Berufung des verantwortlichen Redakteurs des „Vorwärts“, Richard Barth, gegen das Urteil des Schöffengerichtes Berlin-Mitte wurde heute von der Strafkammer des Landgerichts I kostenpflichtig abgewiesen.

Gelegelter Streik.

H. Frankfurt a. M., 2. Mai. Nach den Mitteilungen der Direktion der Lahmeyer-Werke wurde in der Kommission der ausständigen Arbeiter bis auf die Frage des Minimallohnes und der Verkürzung der Arbeitszeit eine Einigung erzielt. Stimmt am Mittwoch die Versammlung der ausständigen Arbeiter den Vereinbarungen zu, so wird am Donnerstag die Arbeit wieder aufgenommen.

Zum Fall Hofrichter.

H. Wien, 2. Mai. Die hiesige Polizei mußte bei abenteurlicher Anzeige des in Eilen verhafteten Chemikers Wilhelm Sibirer, er habe den Oberleutnant Hofrichter im vorigen Jahre in Wien kennen gelernt und auf seine Bitte ihm das gemünzte Pfundstück hergestellt, gar keine Bedeutung beizulegen, da sich herausgestellt hat, daß Sibirer entgegen seiner gemachten Behauptung im Juli 1909 gar nicht in Wien war.

H. Wien, 2. Mai. Falls der Frau des Oberleutnants Hofrichter die Scheidung bewilligt wird, wird dieselbe wieder ihren früheren Mädchennamen annehmen.

Ein griechisch-türkischer Zwischenfall in Serres.

Saloniki, 2. April. Im mazedonischen Orte Ghantö bei Serres herrschte große Aufregung unter der griechischen Bevölkerung, weil der Ortsverwalter, ein Notar der Ghantö dieser Tage im Augenblick, da sie das griechische Konsulat in Serres verließen, von türkischen Soldaten verfolgt und in den Kerker geworfen wurden. Die türkischen Behörden behaupten, es handle sich um die Aufdeckung einer Verschwörung. Bei beiden Verhafteten seien kompromittierende Dokumente gefunden worden.

Todesurteil.

H. Rapsberg (Stiermark), 2. Mai. Der Laborant der großen Eisenwarenfirma Pöcher u. Co. in Rapsberg in Stiermark, Karl Langner, ist auf einer Tour in das Hochschwabgebirge abgefahren und den erkrankten Besoldungen erlegen.

H. Rom, 2. Mai. Die Meldungen französischer Blätter, daß die italienische Regierung wegen des Auffandes von Albanien Kriegsschiffe nach Wallona entsenden werde, werden von offizieller Seite als jeder Begründung entbehrend bezeichnet.

Berliner Bourse, 2. Mai 1906

Main body of the table containing various market listings, prices, and exchange rates.

Vertical text on the right margin, possibly a library stamp or additional information.